

Inhaltsverzeichnis

2-5 DSW-Mitteilungen

- 2 Strafbzins: Kein Grund zur Panik
- 2 Experten-Tipp: Sicheres Einlagenniveau sinkt
- 3 Portfoliostrategie: Dividenden – die besseren Zinsen?
- 3 Mitgliederversammlung: DSW mit imposanter Jahresbilanz
- 4 Abgeltungssteuer: Unsinnige Endlosdebatte
- 4 DSW-Preisverleihung: „Eine ganz und gar außergewöhnliche Leistung“
- 5 Inflationsrisiko bleibt langfristig gering

6-8 Aktivitäten der Landesverbände

- 6 DeinBus.de insolvent – Anleger betroffen
- 6 Bank darf kein Bearbeitungsentgelt bei Verbraucherkreditverträgen fordern
- 7 Green Planet AG – Gläubigerausschuss ist gewählt
- 8 Streit zwischen Sandton Capital und der Neschen AG eskaliert

9 Konjunkturmonitor

USA sind derzeit das Maß aller Dinge

10 Börsenmonitor

Gewaltige Kurssprünge

11 Impressum

11 Veranstaltungen – Dezember 2014

12 Mitgliedsantrag

Positiver Negativzins



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Zeiten für Sparer werden rauer. War es zuletzt eh schon nahezu unmöglich, eine Rendite für Tages-, Festgeld oder sonstige Einlagen zu erhalten, droht nun, dass Sparer mit negativen Zinsen und damit mit den Belastungen konfrontiert werden, die die Banken und Sparkassen bei der EZB verschmerzen müssen.

Der Ansatz des Strafbzinses ist, dass die Institute dazu übergehen, ihre Liquidität nicht mehr bei der EZB zu parken, sondern in Form von Krediten in den Wirtschaftskreislauf zu geben. Unterstützend kauft EZB-Chef Mario Draghi Giftpapiere aus den Bankbilanzen heraus. So soll der Konjunktur-Kreislauf angeschoben werden. Das Problem dabei ist nur, dass die Wirtschaft augenscheinlich gar keine Kredite benötigt oder abfragt. Ein Dilemma!

Dass nun die Sparer die Zeche zahlen sollen, ist ein altbekanntes Muster. Doch vielleicht haben der negative Zins und damit die sichtbare Reduzierung der Spareinlagen einen positiven Effekt und bewirken das, was überfällig ist. So befinden sich die Sparer schon viele Jahre in der Realzinsfalle und ihr Vermögen schrumpft jeden Tag. Nur ist dies bisher nicht sichtbar gewesen, da die Einlage zwar keine Zinsen mehr brachte, nominal jedoch erhalten blieb. Dies ändert sich nun und vielleicht ist dies genau das, was die Sparer dazu animiert, endlich umzudenken und aufzuwachen. Das soll nicht bedeuten, dass Sparer jetzt zu Anlegern und Aktionären mutieren sollten. Auch hier gilt es, die Risikoneigung im Auge zu behalten. Wenn die Bundesbürger aber dazu übergehen, überhaupt einmal über die Perspektive ihres Ersparnis nachzudenken und aus dem Dornröschenschlaf erwachen, hätte Herr Draghi selbst mit dem Negativzins etwas Positives bewirkt.

Ihr Marc Tüngler



Sicheres Einlagenniveau sinkt

Einlagensicherung – das war im Zusammenhang mit der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers und der Finanzkrise eines der wichtigsten Stichworte für deutsche Sparer.

Die Systeme, die das Ersparte der Bundesbürger sichern sollen, werden nun umgebaut, was zu einer Verringerung der gesicherten Einlagen führt. Kunden verschiedener Banken sollen demnächst Post bekommen und informiert werden, dass ihre Institute die Quote, bis zu der Einlagen über den gemeinsamen Fonds abgesichert sind, ab kommenden Jahr sinkt.

Bisher sichert der Fonds des Bundesverbandes deutscher Banken Einlagen bis zu einer Höhe von 30 Prozent des Eigenkapitals einer Bank ab. Ab Januar 2015 sinkt diese Grenze auf 20 Prozent und 2020 auf 15 Prozent. Kunden von Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind zunächst nicht betroffen; dort gibt es eigene Sicherungssysteme. Daneben greift immer die gesetzliche Einlagensicherung, die pro Kunde und Bank Guthaben bis 100.000 Euro absichert.

Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin

Strafzins: Kein Grund zur Panik

Frage: Seit vielen Jahren bin ich Kunde bei einer deutschen Volksbank und habe dort mein Geld in verschiedenen Formen angelegt: in Fonds, als Tagesgeld, auf dem Sparkonto und auf dem Girokonto. Mit großem Schrecken habe ich nun gelesen, dass erste Banken von ihren Kunden Strafzinsen für hohe Beträge auf dem Girokonto verlangt. Ich würde gerne von Ihnen wissen, ob ich in Zukunft damit rechnen muss, dass auch meine Bank von mir Strafzinsen verlangen kann? Und was ich dagegen tun kann?

Antwort: Es gibt tatsächlich deutsche Geldinstitute, die angekündigt haben, ab einer sehr hohen Einlagensumme Negativzinsen erheben zu wollen. Doch Grund zur Panikmache ist das allein sicher nicht. Natürlich wird es auch in Deutschland mehr Banken geben, die eventuell Negativzinsen für hohe Bargeldbestände einführen, beziehungsweise diese Strafzinsen, die von der Europäischen Zentralbank (EZB) erhoben werden, an den Kunden weitergeben. Hintergrund ist die Ent-

scheidung der EZB, von solchen Banken Strafzinsen zu verlangen, die Geld kurzfristig bei ihr parken. Ziel der Aktion ist es, den Banken starke Anreize zu bieten, das Geld weiterzuverleihen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Dennoch ist nicht damit zu rechnen, dass jetzt alle Geldhäuser dazu übergehen werden, den Sparern Negativzinsen aufzudrücken. Hierfür gibt es in Deutschland zu viel Wettbewerb und zudem steht es jedem Anleger frei, seine Bank entsprechend zu wechseln oder seine Bestände auf mehrere Banken zu verteilen. Es ist auch nicht damit zu rechnen, dass der „Normalkunde“ betroffen sein wird, aber Großeinlagen von Großkunden oder Firmenkunden könnten hier durchaus erfasst werden. Folglich besteht zu-



nächst auch für Sparbuchanleger kein Anlass zum unverzüglichen Handeln oder zum Abheben des Sparvermögens zur Aufbewahrung unter dem Kopfkissen. Indirekt könnten allerdings Fondsanleger betroffen sein, wenn die Kundengelder der Investmentfondsgesellschaften, die nicht investiert sind, mit solchen Negativzinsen belegt werden und dies in der Folge die Rendite sinken lässt.

Portfoliostrategie: Dividenden – die besseren Zinsen?

Für Anhänger verzinslicher Geldanlagen sind die Zeiten gegenwärtig hart. Anleihen sicherer Emittenten, ob nun Staaten oder Unternehmen, werfen kaum noch etwas ab. Wer eine auskömmliche Rendite erwirtschaften will, dem bleibt also nur der Weg in den Anleihen-Hochrisikobereich – oder der Wechsel in andere Assetklassen.

Da verwundert es nicht, dass gerade sicherheitsorientierte Anleger wieder vermehrt einen Blick auf substanz- und dividendenstarke Aktien werfen und die gute alte Dividendenstrategie für sich entdecken. „Klassische Dividentitel sind oftmals doppelt attraktiv – sie bieten über die jährlichen Ausschüttungen Renditen von nicht selten 3, 4 oder 5 Prozent des Aktienkurses. Gleichzeitig steckt in ihnen noch eine Kursphantasie“, so Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW.

Die Grundidee dazu stammt aus den USA. Ein Vermögensverwalter namens Micheal O’Higgins hatte Anfang der 30er Jahre den glorreichen Einfall, einfach aus einem Index, etwa dem Dow Jones, die Aktien der fünf Gesellschaften mit den höchsten Dividendenrenditen zu kaufen. Die Papiere ließ er genau ein Jahr im Depot liegen, dann ging das Spiel von vorne los. Hintergrund war die simple Annahme, dass diese Unternehmen tendenziell unterbewertet sind und deshalb überproportionales Kurspotenzial besitzen. Zusätzlich konnte O’Higgins die vereinnahmten Dividenden reinvestieren. Der Erfolg gab ihm Recht.

Im Laufe der Jahre wurde der Ansatz von O’Higgins immer weiter ausgebaut. Mittlerweile gibt es Dividendenstrategien für fast jeden Geschmack. Einige, wie etwa die jenseits des Atlantiks äußerst populäre „Dividend-Aristocrats“-Methode, die auf Unternehmen setzt, die ihre Ausschüttung mindestens 25 Jahre in Folge erhöht haben, sind hierzulande mangels Masse schlicht nicht umsetzbar.

Keine deutsche Gesellschaft kann eine solche Dividendenhistorie aufweisen. Gerade einmal vier DAX-Gesellschaften mussten ihre Gewinnausschüttungen in den letzten zehn Jahren nicht reduzieren. Mit Bayer und Linde haben immerhin zwei Unternehmen die Dividende in dieser Zeit neunmal erhöht und nur einmal unverändert gelassen. Von einer kontinuierlichen Erhöhung in den vergangenen 25 Jahren kann also keine Rede sein.

Wie wichtig die Gewinnausschüttungen trotzdem auch in Deutschland sind, zeigt nicht zuletzt ein Blick auf die Entwicklung des deutschen Leitindex DAX. Im Gegensatz zu den meis-

ten anderen Ländern werden hierzulande bei der Index-Berechnung die ausgeschütteten Dividenden mit berücksichtigt – es handelt sich also um einen Performance-Index. Betrachtet man nun die bisherige Entwicklung des DAX als Kursindex, so liegt die Steigerung seit Anfang 2013 bis Mitte November 2014 bei 21,4 Prozent. Der Performanceindex legte in der gleichen Zeit knapp 25,5 Prozent zu.

„Der Dividenden-Regen aller deutschen Gesellschaften (Prime-, General- und Entry-Standard) ist insgesamt ziemlich eindrucksvoll: Aufgrund des guten Geschäftsjahres 2013 wurden 37,3 Milliarden Euro ausgeschüttet“, erläutert Tüngler. Grundsätzlich fordert die DSW, dass in der Regel etwa 50 Prozent des Konzernergebnisses als Dividende ausgeschüttet werden. Schließlich gilt es, die Anteilseigner, die das Kapitalrisiko tragen, in angemessener Weise an dem Unternehmensgewinn zu beteiligen. Mit solchen eindrucksvollen Werten sind Dividentitel gerade für Privatanleger attraktiv. „Dabei kommt es aber auf die Qualität der Dividende an, und die ist ein Produkt aus Kontinuität, Wachstum, Ausschüttungsquote und Rendite – und zwar über eine Zeitspanne von drei bis fünf Jahren“, so Tüngler.

Mitgliederversammlung: DSW mit imposanter Jahresbilanz

Ein positives Fazit und zufriedene Gesichter bei den Mitgliedern – so lässt sich die DSW-Mitgliederversammlung zusammenfassen, die Mitte November wieder im Düsseldorfer Industrieclub stattfand.

Im Mittelpunkt stand das Resümee der geleisteten Arbeit der Schutzvereinigung, das Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler vor den zahlreichen angereisten Mitgliedern zog: „Auch das Jahr 2014 hielt eine ganze Reihe interessanter Themen und neuer Herausforderungen für uns bereit. Einige davon waren spannend, einige erfreulich und – wie jedes Jahr leider – waren auch einige höchst ärgerlich und bedenklich“, so Tüngler. „Die Spanne reichte von den Turbulenzen am Markt für Mittelstandsanleihen, über die schmerzhaften Auswirkungen eines katastrophalen BGH-Urteils in Sachen Delisting sowie der Änderungen im Insolvenzrecht bis zum ‚Fast-Default‘ Argentinien.“

Ein besonderes Thema, das Tüngler heraushob, war der Fall Prokon: Das Unternehmen, das Genusscheine für rund 1,4 Milliarden Euro an etwa 75.000 Privatanleger verkauft hatte, musste im Januar Insolvenz anmelden. „Das ist einer der größten und komplexesten Wirtschaftsfälle der deutschen Geschichte. Nun soll die Sanierung von Prokon

im Rahmen eines Insolvenzplans erfolgen. Eigen- und Fremdkapital werden restrukturiert – unter führender Beteiligung der DSW-Vertreter: Unser DSW-Vizepräsident, Klaus Nieding, begleitet die Sanierung als Mitglied des Gläubigerausschusses und vertritt dort aktiv die Interessen der Anleger. Er hat durch sein geschicktes Agieren überhaupt erst den Weg frei gemacht, dass 75.000 Anleger die Chance haben, einen möglichst hohen Teil ihres Investments wiederzusehen“, so Tüngler.



Auch vom „Kerngeschäft“, der Stimmrechtsvertretung auf Hauptversammlungen sowie der Interessenvertretung der Aktionäre, konnte Tüngler Imposantes berichten: Insgesamt seien rund 30.000 Anfragen bei der DSW eingegangen, die bearbeitet wurden. Außerdem hat die Schutzvereinigung auch 2014 wieder knapp 700 Aktionärstreffen im In- und Ausland besucht. Angesichts solcher Zahlen war es kein Wunder, dass die Beschlüsse über das Zahlenwerk, die Entlastung des Präsidiums und die Wahl des Wirtschaftsprüfers mit überwältigender Mehrheit gefasst wurden.

Und schließlich wurden auch die Weichen für das oberste Führungsgremium der DSW gestellt: Das Präsidium der DSW mit Ulrich Hocker (Präsident), Daniela Bergdolt und Klaus Nieding (beide Vizepräsident), Dr. Florian Drinhausen (Co-Deputy General Counsel Deutsche Bank), Prof. Dr. Mathias Habersack (Lehrstuhl für bürgerliches Recht LMU München), Ulrich M. Harnacke (Geschäftsführer Deloitte & Touche) und Dr. rer. Oec. Rolf Pohlig (ehem. Finanzvorstand RWE) wurde einstimmig wiedergewählt.

Abgeltungssteuer: Unsinnige Endlosdebatte

Die Abgeltungssteuer hat in den vergangenen Jahren bei vielen Anlegern ohnehin für Entrüstung gesorgt. Auch die DSW sieht bei verschiedenen Punkten Änderungsbedarf.

Zum Beispiel bei der Besteuerung der Dividenden. „Diese sind für Privatanleger inzwischen eine der wenigen verlässlichen Größen und ein immens wichtiger Risikopuffer für ihre Investitionen geworden. Da die Gewinnausschüttungen bereits auf Unternehmensebene voll versteuert werden, ist die zusätzliche Belastung auf Investorenebene mit der Abgeltungssteuer eine klare Doppelbesteuerung. Damit sollte sich die Politik befassen, statt eine weitere Verschärfung zu planen“, sagt DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler. Auch bei der Spekulationsfrist muss nach dem Verständnis der DSW eine Änderung her. Insbesondere um den Stellenwert der Aktienanlage für die private Altersvorsorge deutlich zu machen, sollte eine Spekulationsfrist, nach der Gewinne steuerfrei bleiben, dringend wieder eingeführt werden.

Doch statt solche sinnvollen Neuerungen anzugehen, wird in schöner Regelmäßigkeit die Form der Abgeltungssteuer von der Politik in Frage gestellt. Aktuell ist es der SPD-Vizefraktionschef Carsten Schneider, der laut über eine Abschaffung der pauschalen Besteuerung von Kapitalerträgen in Höhe von 25 Prozent nachdenkt und eine Besteuerung mit individuellem Steuersatz fordert. „Die jetzt erneut aufkeimende Diskussion über die Abgeltungssteuer zeigt, dass es dem Staat nicht um Gerechtigkeit geht, sondern lediglich darum, eine weitere Möglichkeit zu finden, dem Bürger das Geld aus der Tasche zu ziehen“, kommentiert Marc Tüngler den Vorstoß von Schneider. „Eine wie auch immer geartete Gerechtigkeitslücke gibt es hier nicht. Diejenigen, die das behaupten, verschweigen bewusst, dass der Anteil der Unternehmensgewinne, der an die Anteilseigner ausgeschüttet wird, schon heute doppelt besteuert wird“, so der Anlegerschützer weiter. Bei Dividendenzahlungen liegt die Abgeltungssteuer inklusive Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer bei rund 27 Prozent. Neben der Abgeltungssteuer, die der Aktionär zu zahlen hat, fallen allerdings zusätzlich rund 30 Prozent Steuerlast auf der Unternehmensebene an. „Wenn die Abgeltungssteuer durch eine Besteuerung nach individuellem Steuersatz ersetzt würde, könnten hier Belastungen von über 70 Prozent entstehen“, erklärt Tüngler.

DSW-Preisverleihung: „Eine ganz und gar außergewöhnliche Leistung“

Der Saal war festlich dekoriert, knapp 160 Gäste waren zur Festveranstaltung anlässlich der Verleihung des 5. DSW-Preises für gute Unternehmensführung in den Düsseldorfer Industrieclub gekommen. „Mit diesem Preis würdigen wir besondere Leistungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Lehre“, eröffnete DSW-Präsident Ulrich Hocker den Abend.

Ausgezeichnet wurde Werner Wenning, Aufsichtsratschef des Bayer-Konzerns, der dem Unternehmen seit Jahrzehnten treu geblieben ist und es in der vergangenen Dekade als Vorstandschef erfolgreich geprägt hatte. „Dass Herr Wenning der richtige Preisträger ist, steht außer Frage. Er hat sich in allen dem Preis zugrunde liegenden Feldern verdient gemacht“, erklärte Hocker in seinem Begrüßungswort.

Die Laudatio hielt ein langjähriger Weggefährte Wennings: Dr. Jürgen Hambrecht, Ex-Vorstandsvorsitzender und aktueller Aufsichtsratschef der BASF: „Preise sind Anerkennung und Wertschätzung, die dem Preisträger entgegengebracht werden. Bei Werner Wenning ist diese Anerkennung und Wertschätzung über viele, viele Jahre ständig gewachsen.“

Hambrecht erinnerte an die vielen Auszeichnungen für Werner Wenning, exemplarisch die als Manager des Jahres 2007, verliehen vom Manager Magazin für seine Leistung, den zuvor angeschlagenen Traditionskonzern Bayer zu einem furiosen Comeback geführt zu haben. Dann stellte er heraus: „Seit 48 Jahren ist Werner Wenning bei Bayer, das ist etwas ganz und gar Außergewöhnliches!“ Die außergewöhnliche Leistung sei auch an der operativen Performance ablesbar: So ist in seiner Amtszeit das EBIT um 75 Prozent gestiegen. Der Börsenwert hat sich auf 85 Milliarden Euro fast versechsfacht. „Heute ist Bayer das wertvollste Unternehmen in Deutschland. Die Jury hat die richtige Wahl getroffen“, so Hambrecht.

Werner Wenning freute sich über die Auszeichnung und stellt noch einmal heraus, was ihm immer wichtig gewesen ist: „Gute Unternehmensführung ist mehr, als nur die Interessen der Eigentümer zu vertreten“, erklärte der Preisträger. Um das Thema „gute Unternehmensführung“ ranke sich heute eine Unzahl nationaler, europäischer und internationaler Regeln, Vorschriften und Kodizes. Das wirkliche Leben sei aber komplexer als alle Vorschriften. „Die Regeln sind wie eine Partitur, ohne die kein Orchester zusammen spielen kann – aber Noten allein ergeben noch keine Musik“.

Zugespitzt formuliert: Wer ständig ein Handbuch der guten Unternehmensführung unterm Arm trage, könne deshalb noch lange nicht ein Unternehmen gut führen. Dazu bedürfe es klarer Werte und einer darauf beruhenden Haltung, ohne die alle Regeln nicht den Weg in die Unternehmenspraxis finden können. „Dies bestätigt meine Überzeugung, dass es die wichtigste gesellschaftliche Aufgabe guter Unternehmensführung ist, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen. Vertrauen entsteht nicht durch wohlfeile Bekenntnisse, sondern indem man sagt, was man tut, und tut, was man sagt“, schloss Wenning seine Ausführungen.

Inflationsrisiko bleibt langfristig gering

Liebe DSW-Mitglieder,

nach den Zentralbanken der USA, Großbritanniens und Japans wird nun auch die Europäische Zentralbank ihre Bilanz durch Anleihekäufe massiv ausweiten. Eigentlich sollte dies zu einer erhöhten Inflation führen, weil mehr Geld bei annähernd konstanten Sachwerten zu höheren Preisen führen muss. Leider ist dieser Gedanke zu kurz gedacht. Aktuell ist das Geldmengenwachstum gegenüber dem Vorjahr in allen wichtigen Volkswirtschaften mit rund 4 bis 6 Prozent nicht überdurchschnittlich hoch. Grund dafür ist die schwache Kreditvergabe der Banken.

Verleiht eine Bank eine Million Euro an ein Unternehmen, so investiert dieses beispielsweise in eine Maschine. Die Maschinenfabrik zahlt die Löhne auf die Bankkonten ihrer Mitarbeiter aus, worauf die Bank, auf der die Gelder eingezahlt worden sind, wiederum Kredite vergeben kann. Dieser Prozess geht dann abzüglich einer gewissen Sicherheitsmarge mehrfach so weiter.

Aus einer Million Euro werden schnell acht Millionen Euro. Wird die erste Million Euro dagegen nicht als Kredit vergeben, fehlen achtmal so viele Euro im Umlauf. Gegenüber diesem Effekt wirkt sich eine Verdoppelung der Zentralbankmenge geradezu mickrig aus.

Die schwache Kreditvergabe offenbart ein tief liegendes Problem: In einer alternden Gesellschaft, wie dies in den Industriestaaten mit einer kaum noch wachsenden Zahl an Konsumenten der Fall ist, rentieren sich für Unternehmen wesentlich weniger Investitionen. Schrumpfende Investitionen bedeuten, dass weniger Kredite nachgefragt werden. Ein geringeres Kreditvolumen wiederum lässt die von den Banken geschaffene Geldmenge schrumpfen.

Die Inflationsrisiken bleiben damit auch langfristig sehr gering. Vor diesem Hintergrund ist es ratsam, nicht zu einseitig für eventuelle Inflationsgefahren vorzusorgen.

Der HAC wünscht allen DSW-Mitgliedern ein frohes und friedliches Weihnachtsfest, viel Muße zwischen den Jahren und ein erfolgreiches und gesundes Neues Jahr 2015!

Ihr Wolfram Neubrandner
 Geschäftsführer Hanseatischer Anleger-Club (HAC)

Weitere Informationen zum Hanseatischen Anleger-Club finden Sie unter www.hac.de.

DeinBus.de insolvent – Anleger betroffen



Der Fernbusmarkt gehört in Deutschland zu den jüngsten, aber auch zu den besonders hart umkämpften Marktsegmenten. Seit der Liberalisierung des Marktes zu Jahresbeginn 2013 wuchs die Zahl der Anbieter stetig an. Entsprechend groß ist der Preisdruck.

Jetzt musste mit der „DeinBus.de GmbH“ eines der Pionierunternehmen Insolvenz anmelden. Zum vorläufigen Insolvenzverwalter bestellte das Amtsgericht Offenbach Rechtsanwalt Christian Feketija.

„Auch bei diesem Insolvenzfall sind wieder Anleger betroffen“, sagt Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW. Das Unternehmen hatte Genussrechte in mehreren Tranchen bis zu 100.000 Euro im Nennwert von je 250 Euro pro Genussschein begeben. Die jährliche Verzinsung des Kapitals betrug 8 Prozent, die Laufzeit mindestens fünf Jahre. „Diese Papiere sind vor allem von privaten Investoren gekauft worden“, ist der Fachanwalt für Kapitalanlagerecht überzeugt.

„Betroffene Anleger sollten ihre Forderungen schnellstmöglich anmelden, um ihre Ansprüche zu sichern“, erklärt Nieding. Geschädigte können sich für weitere Informationen an recht@niedingbarth.de wenden.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Herr Rechtsanwalt Klaus Nieding zur Verfügung. Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
 Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

Bank darf kein Bearbeitungsentgelt bei Verbraucherkreditverträgen fordern

Dieses Jahr war ein herber Rückschlag für Banken bei der Erhebung von Bearbeitungsgebühren für Darlehensverträge. Erst im Mai hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass Bearbeitungsentgelte bei der Kreditvergabe nicht erhoben werden dürfen, da „die Banken die Kosten für eine Tätigkeit abwälzen, die sie im eigenen Interesse oder aufgrund einer bestehenden Rechtspflicht erbringen.“ In einer Vielzahl von Fällen wurden durch nahezu alle Kreditinstitute etwa 2 bis 3 Prozent des ausgereichten Darlehensbetrages als Bearbeitungsgebühr erhoben. Hierbei beriefen sich die Banken auf Regelungen in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Diese jedoch erklärte der Bundesgerichtshof für unwirksam.

Damit nicht genug: In zwei Verfahren hob der Bundesgerichtshof nunmehr auch noch vorangegangene Entscheidungen unterer Instanzen auf und entschied, dass die Verjährung für die Rückforderungsansprüche von Kreditnehmern bei solchen unwirksam formuliert vereinbarten Darlehensbearbeitungsentgelten erst mit dem Schluss des Jahres 2011 zu laufen beginnt.

Dies begründete das höchste Gericht damit, dass Darlehensnehmern die Erhebung einer entsprechenden Rückforderungsklage nicht vor dem Jahr 2011 zumutbar war (Urteil des XI. Zivilsenats vom 28.10.2014- XI ZR 348/13-, Urteil des XI. Zivilsenats vom 28.10.2014- XI ZR 17/14-).

Normalerweise verjähren Rückforderungsansprüche innerhalb von drei Jahren. Ausnahmsweise kann aber der Verjährungsbeginn später sein, wenn eine unsichere und zweifelhafte Rechtslage vorliegt. So war es bis 2011 der Fall: Mehrere Oberlandesgerichte sahen zwar die Erhebung von Bearbeitungsentgelten kritisch, der Bundesgerichtshof hatte jedoch anders entschieden. Bearbeitungsentgelte in „banküblicher Höhe“ von zuletzt bis zu 2 Prozent wurden von der älteren Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs gebilligt.

Deshalb entschied der BGH jetzt, dass eine Klageerhebung erst zumutbar war, nachdem sich im Laufe des Jahres 2011 eine gefestigte oberlandesgerichtliche Rechtsprechung herausgebildet hatte. So verjähren Ansprüche auf Rückforderung von Bearbeitungsentgelten drei Jahre nachdem die Rechtsprechung sich einig darüber war, dass die Erhebung von Bearbeitungsentgelten bei der Kreditvergabe nicht sein darf, somit am 31. Dezember 2014.

Wer also auf sein Darlehen zu Unrecht erhobene Bearbeitungsentgelte gezahlt hat, sollte unbedingt noch bis Jahresende diese Beträge zurückfordern. Die bloße schriftliche Rückforderung bei der Bank alleine reicht allerdings nicht, um die Verjährung zu hemmen. Es müsste entweder ein Güteverfahren eingeleitet werden, oder Klage erhoben werden.

Sprechen Sie also gegebenenfalls mit Ihrer Rechtsschutzversicherung und gehen zum Anwalt, sonst verschenken Sie viel Geld. V

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Frau Rechtsanwältin Daniela Bergdolt zur Verfügung. Frau Bergdolt ist Vizepräsidentin der DSW.

Sie erreichen Frau Bergdolt unter:
 Tel.: (089) 386654-30
www.ra-bergdolt.de

Green Planet AG – Gläubigerausschuss ist gewählt

Für die Anleger, die der mittlerweile insolventen Green Planet AG insgesamt rund 15 Millionen Euro anvertraut hatten, war der 18. November 2014 ein entscheidendes Datum. Auf der ersten Gläubigerversammlung der Gesellschaft, die an diesem Tag in Frankfurt stattfand, wurden sie über die aktuelle finanzielle Situation des Unternehmens informiert. Rund 22 Millionen Euro Gläubigerforderungen stehen Vermögenswerte von etwa acht Millionen Euro gegenüber.

Zudem hatten die Gläubiger die Möglichkeit, einen Gläubigerausschuss zu wählen, der zukünftig ihre Interessen gegenüber der Gesellschaft und dem Insolvenzverwalter vertritt und dessen Arbeit überwacht. Als Anlegervertreter wurde Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW, zum Mitglied des fünfköpfigen Ausschusses gewählt.

„Jetzt wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass wir schnell einen umfassenden Überblick über die Vermögenswerte des Unternehmens bekommen. Ziel muss dann die Realisierung möglichst hoher Rückflüsse an die betroffenen Anleger sein“, sagt Nieding.

Positiv wertet Nieding, dass der Insolvenzverwalter, Rechtsanwalt Miguel Grosser, schnell reagiert hat und bereits erhebliche Vermögenswerte zu Gunsten der Gläubiger sichern konnte. „Klar ist, dass es sich nicht um ein masseloses Ver-

fahren handelt. Die Anleger werden also auf keinen Fall leer ausgehen“, sagt Nieding.



Über 15 Millionen Euro hatten vorwiegend Privatanleger der Green Planet AG anvertraut in der Erwartung Eigentum an Bäumen zu erwerben, ein Naturalinvestment. Hierfür erhielten die Anleger von der Gesellschaft Zertifikate. Mit dem ökologischen Anbau und Verkauf von Teakholz und Naturkautschuk hatte das Unternehmen geworben und wollte damit bis zu 13 Prozent Rendite erzielen.

„Mit diesem Trugschluss hat der Insolvenzverwalter heute aufgeräumt“, erklärt Nieding. Die Anleger haben nie Eigentum an Bäumen erworben. Die Plantagen auf denen die Bäume stehen, sind Eigentum einer costa-ricanischen Tochtergesellschaft und nicht im Eigentum der Investoren.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Herr Rechtsanwalt Klaus Nieding zur Verfügung. Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
 Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

Streit zwischen Sandton Capital und der Neschen AG eskaliert

Für die DSW besuchte der niedersächsische Landesgeschäftsführer, Alexander von Vietinghoff-Scheel, am 18. November 2014 die außerordentliche Hauptversammlung der Neschen AG. Die Hauptversammlung hat den Kurs von Vorstand und Aufsichtsrat unterstützt und den erfolgreichen operativen Turnaround des Unternehmens gelobt. Zugleich fordern die Aktionäre Klarheit von Sandton Capital Partners.

Der Vorstand der Neschen AG, Bückeburg, hatte bereits in den vergangenen Wochen und Monaten mehrfach Klarheit über Refinanzierungsoptionen gefordert. Der Hedgefonds Sandton Capital Partners (SCP) hatte im Mai ein Kreditpaket von JP Morgan übernommen und lässt das Unternehmen über seine Pläne seit Monaten im Unklaren. Mal favorisiert SCP einen Debt to Equity Swap, also einen Tausch von Schulden in Eigenkapital, bei dem die bestehenden Aktionäre deutlich verwässert werden sollen, mal soll der Kredit gegen eine Teiltilgung erlassen werden. SCP arbeitet erwießenermaßen mit dem ebenfalls im Mai als Aktionär eingestiegenen Vehikel Londonderry LLC zusammen.

Die angeblich mit 29,9 Prozent an der Neschen AG beteiligte Londonderry LLC hat gemäß einer erst auf der Hauptversammlung veröffentlichten Zeugenaussage, welche Herrn von Vietinghoff-Scheel mittlerweile schriftlich vorliegt, offenbar die tatsächliche Eigentümerstruktur verschleiert. Nach den der Gesellschaft vorliegenden Informationen mussten Vorstand und Aufsichtsrat annehmen, dass Londonderry als Treuhänder von SCP fungiert.

Demnach könnten die von Londonderry abgegebenen WpHG-Meldungen gegen die wertpapierhandelsrechtlichen Meldepflichten verstoßen haben, da der tatsächliche Eigentümer nicht genannt worden war. So sieht es jedenfalls die Neschen AG. Vor diesem Hintergrund hatte der Versammlungsleiter auf der Hauptversammlung beschlossen, die durch einen Vertreter von Londonderry angemeldeten Stimmen nicht zur Abstimmung zuzulassen. Ebenso hat offenbar der Aktionär Oliver Zinn gegen Meldepflichten verstoßen, so dass auch seine Stimmen nicht zur Abstimmung zugelassen worden sind.

Die Hauptversammlung folgte dann den Vorschlägen der Verwaltung und hat die Aufsichtsratskandidaten Robert Gärtner, Bernd Capellen sowie den neuen Kandidaten Dr. Wolfgang Riehle gewählt. In seiner anschließenden konstituierenden Sitzung wählte der Aufsichtsrat Robert

Gärtner erneut zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und Dr. Wolfgang Riehle zu seinem Stellvertreter. Der Vorstand sowie die Aufsichtsratsmitglieder Robert Gärtner und Bernd Capellen wurden von der Hauptversammlung entlastet, während Joachim Koolmann, den die Hauptversammlung nicht erneut in den Aufsichtsrat wählte, nicht entlastet wurde.

Hintergrund dieser Entscheidung war jedenfalls für die DSW, dass Herr Koolmann bereits seit längerem mit SCP eigenständig Gespräche über die weitere Entwicklung der Neschen geführt hatte, wie auch erst auf der Hauptversammlung auf Nachfrage der DSW herauskam.

Es bleibt nun offen, wie die weitere Entwicklung der Neschen AG verlaufen wird. Früher oder später wird man sich wohl mit SCP verständigen müssen, da anderenfalls eine Insolvenz drohen dürfte. Die Neschen AG ist jedoch mittlerweile operativ wieder gesundet. Es besteht mithin kein Grund für die Kleinaktionäre, SCP beziehungsweise Londonderry kampflos das Feld zu überlassen. SCP sollte einen Vorschlag machen, der auch die Rechte der Kleinaktionäre angemessen berücksichtigt. Derzeit liegt aber nicht einmal irgendein Vorschlag vor, weshalb nicht ausgeschlossen werden kann, dass SCP sich das Unternehmen auf dem Rücken der Kleinaktionäre einverleiben will.

Es bleibt abzuwarten, was die weitere Entwicklung und die nächste ordentliche Hauptversammlung der Neschen AG bringen wird. Derzeit kann natürlich auch nicht ausgeschlossen werden, dass die letzte außerordentliche Hauptversammlung wiederholt werden muss. Londonderry hatte gegen die Nichtberücksichtigung ihrer Stimmrechte zumindest Widerspruch zu Protokoll des Notars gegeben. Sollte die außerordentliche Hauptversammlung jedoch unter gleichen Vorzeichen wiederholt werden müssen, sollte sich SCP jedoch auf maximale Gegenwehr der Kleinaktionäre einstellen.

Wenn SCP sich das Unternehmen wirklich einverleiben will, schuldet es den Kleinaktionären zumindest erst einmal Klarheit und natürlich einen fairen Kaufpreis.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Herr Rechtsanwalt Alexander von Vietinghoff-Scheel zur Verfügung. Herr von Vietinghoff-Scheel ist Landesgeschäftsführer der DSW in Niedersachsen.

Sie erreichen Herrn von Vietinghoff-Scheel unter:
 Tel.: (0511) 89978874
www.kanzlei-vietinghoff.de



USA sind derzeit das Maß aller Dinge

Einige viel beachtete deutsche Konjunkturdaten haben ihre Negativserie beendet. So rund wie in den USA läuft der heimische und europäische Wirtschaftsmotor aber noch lange nicht. Die japanische Wirtschaft hat im dritten Quartal sogar erneut den Rückwärtsgang eingelegt.

Es geht bergauf zwischen Kiel und Konstanz, dies signalisieren zumindest einige Konjunkturindikatoren. Zwar konnten im November bei Weitem nicht alle Daten rund um die Konjunkturentwicklung überzeugen. Einige wichtige Indikatoren fielen aber besser aus, als vorab erwartet worden war. Erfreulich ist vor allem, dass der viel beachtete Ifo-Geschäftsklimaindex nach sechs Rückgängen in Folge im November wieder zulegen konnte – und zwar von 103,2 auf 104,7 Punkte. Auch der Index des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) für die Konjunkturerwartungen in Deutschland hat seine Negativserie von zehn Rückgängen in Folge beendet; im November legte das Stimmungsbarometer von -3,6 auf 11,5 Punkte zu. Die heimische Industrieproduktion hat sich zuletzt ebenfalls wieder erholt. Nach dem Einbruch im Vormonat stieg die Produktion im September um 1,4 Prozent.

Nicht ganz so erfreulich fiel hingegen die deutsche Wirtschaftsleistung im dritten Quartal aus. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte einer ersten Schätzung zufolge lediglich um 0,1 Prozent zu, nach einem Minus von 0,1 Prozent im Vorquartal. In der gesamten Eurozone stieg das BIP hingegen um 0,2 Prozent. Auch im laufenden Quartal ist ein kräftiger BIP-Anstieg eher unwahrscheinlich. Grund: Der von Markit Economics ermittelte Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen in der Eurozone – hat sich in der Vergangenheit als verlässlicher Konjunkturindikator erwiesen – ist im November gegenüber dem Vormonat von 52,1 auf 51,4 Zähler gesunken, während Volkswirte einen leichten Anstieg auf 52,3 Punkte erwartet hatten.

Erfreuliche US-Daten

Der US-Einkaufsmanagerindex für den Dienstleistungssektor legte im November von 57,1 auf 59,3 Punkte kräftig zu. Das Pendant für das Verarbeitende Gewerbe gab hingegen um 0,3 Zähler leicht nach. Mit einem Stand von 58,7 Punkten verharrt der Index aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Dem US-Einzelhandel ist ebenfalls ein guter Start ins Schlussquartal geglückt; gegenüber dem Vormonat stiegen die Einzelhandelsumsätze um 0,3 Prozent. Und auch der US-Arbeitsmarkt präsentiert sich nach wie vor in einer robusten Verfassung. Im Oktober hat die Anzahl der Beschäftigten immerhin um 214.000 Personen zugelegt und die Arbeitslosenquote von 5,9 auf 5,8 Prozent nachgegeben.

Chinesische Notenbank senkt Leitzins

Weitaus weniger robust präsentierten sich zuletzt die beiden asiatischen Schwergewichte China und Japan. So rutschte etwa der chinesische HSBC-Einkaufsmanagerindex für die Industrie im November von 50,4 auf 50,0 Punkte. Nur einen Tag nach Veröffentlichung dieser Daten gab die chinesische Zentralbank völlig überraschend bekannt, den Leitzins um 0,4 Prozentpunkte auf 5,60 Prozent zu senken.

Japan rutscht erneut in die Rezession

Auch die Bank of Japan hat Ende Oktober bekannt gegeben, ihre ohnehin schon extrem expansive Geldpolitik abermals zu lockern. Unter anderem soll das jährliche Volumen für Wertpapierkäufe um 10 auf 80 Billionen Yen (rund 560 Milliarden Euro) ausgeweitet werden. Bekannt gegeben wurde die Ausweitung der Geldpolitik noch vor den BIP-Daten, die im dritten Quartal deutlich schlechter ausgefallen waren als erwartet. Während der Markt einen BIP-Anstieg um 0,5 Prozent prognostizierte, schrumpfte die Wirtschaftskraft um 0,4 Prozent. Nachdem die Wirtschaft bereits im zweiten Quartal nachgegeben hatte, ist Japan somit erneut in die Rezession geschlittert.



Gewaltige Kurssprünge

An den Börsen macht sich wieder Hoffnung breit. Reihum hat das Gros der weltweit wichtigsten Leitindizes ordentlich Boden gut gemacht. Gold und Silber konnten wieder etwas an Wert zulegen; Öl befindet sich indes weiter im freien Fall.

An der berühmten Jahresendrallye scheint etwas dran zu sein. So haben sowohl der heimische DAX, seine kleinen Brüder M-DAX und S-DAX sowie weitere wichtige Indizes wie der US-amerikanische Dow Jones, der S&P 500, der EuroStoxx 50, der britische FTSE-100 und der japanische Nikkei im letzten Monat teilweise gewaltige Kurssprünge vollzogen.

Dow Jones erzielt neuen Rekord

Die konjunkturelle Erholung in den Vereinigten Staaten, die gute Entwicklung bei den Arbeitslosenzahlen sowie erfreuliche Unternehmenszahlen gab den Aktionären an der Wall Street reichlich Anlass zur Freude. So kletterte der Dow Jones in den letzten vier Wochen um gut 3 Prozent auf einen neuen Rekordstand von rund 17.900 Punkten. Der 500 Werte umfassende S&P 500 hat auf Monatssicht ebenso 3 Prozent hinzugewonnen.

Der heimische Leitindex hat sogar die magische 10.000-Punkte-Marke geknackt und erzielte zwischenzeitlich ein neues Rekordhoch von 10.084 Zählern. In den vergangenen vier Wochen konnte er 7,5 Prozent an Wert zulegen. Der M-DAX und S-DAX konnten im letzten Monat ebenfalls einen Großteil ihrer Verluste der Vormonate wieder wettmachen. Beide Börsenbarometer haben zwischen 5 und 6 Prozent hinzugewonnen, der TecDAX kletterte sogar um mehr als 9 Prozent.

An der Börse in London hellte die Stimmung ebenfalls auf. Der britische Leitindex FTSE-100 konnte in den letzten vier Wochen um gut 3 Prozent zulegen. Auf Halbjahressicht tendiert der Index mit Minus 2 Prozent jedoch immer noch zur Verlie-

rerseite. Der EuroStoxx 50 hat in den letzten vier Wochen ein Plus von gut 5 Prozent gemacht.

Groß war die Freude vor allem in Tokio. Der japanische Nikkei wird nach wie vor massiv von der immensen Geldflut der japanischen Notenbank befeuert. Während die US-amerikanische Fed bereits einen Gang zurückgeschaltet hat, hat die Bank of Japan ihre ohnehin schon extrem expansive Geldpolitik jüngst erneut gelockert. Pro Jahr pumpen die Japaner nun 80 Billionen Yen (572 Milliarden Euro) in die Märkte. Premier Shinzo Abe möchte mit seiner ultralockeren Geldpolitik die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt aus der Rezession holen und die Inflation ankurbeln. Gleichzeitig sind die Renditen für zehnjährige Anleihen auf 0,5 Prozent gesunken. Kein Wunder also, dass sich Anleger nach Alternativen umsehen. Der Nikkei hat deshalb in den letzten vier Wochen um 6 Prozent an Wert zugelegt. In den letzten sechs Monaten waren es sogar fast 18 Prozent. Außerdem reagierten Anleger positiv auf die angekündigten Neuwahlen für den 14. Dezember. Premier Abe kann vermutlich mit seiner Wiederwahl rechnen und möchte seine ultralockere Geldpolitik fortführen.

Öl wird immer billiger

Der große Verlierer des letzten Monats ist Rohöl. Der Preis pro Barrel Öl der Sorte Brent ist mittlerweile unter die 70-US-Dollar-Marke gerutscht und ist damit so billig wie seit Jahren nicht mehr. Auf Monatssicht hat das „schwarze Gold“ 16 Prozent an Wert verloren. Das Ölkartell OPEC hat zuletzt entschieden, die bisherige Fördermenge beizubehalten. Experten gehen daher davon aus, dass der Ölpreis bis auf 60 US-Dollar abrutschen könnte. Auch der Euro verbilligt sich gegenüber dem US-Dollar immer weiter. In den letzten vier Wochen hat er 1,4 Prozent abgewertet. Ein Euro kostet damit aktuell nur noch 1,23 US-Dollar.

Gold und Silber konnten indes wieder etwas Boden gut machen. Das gelbe Metall hat im letzten Monat wieder mehr als 3 Prozent zugelegt, für Silber ging es um fast 4 Prozent bergauf.

Veranstaltungen – Dezember 2014

Aktien- und Anlegerforen

Im Rahmen unserer **kostenfreien und für jedermann zugänglichen** Aktien- und Anlegerforen präsentieren sich deutsche und internationale Publikumsgesellschaften. So können sich auch Privatanleger aus Quellen informieren, die sonst nur institutionellen Investoren und Analysten offen stehen – so zum Beispiel der unmittelbaren Diskussion mit dem Management. Alle Aktienforen beginnen jeweils um 18:30 Uhr und enden um circa 21 Uhr.

Anmeldungen für alle Aktienforen bitte an:
seminare@dsw-info.de

> **Veranstaltungsübersicht**



Derzeit sind Veranstaltungen in folgenden Städten geplant:

Datum	Ort
08. Dezember	Düsseldorf
08. Dezember	Stuttgart
11. Dezember	Hamburg
15. Dezember	Frankfurt
16. Dezember	Essen
16. Dezember	Düsseldorf
17. Dezember	München

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf
 Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-60
 E-Mail: dsw@dsw-info.de www.dsw-info.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfisher (Geschäftsführer)

Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

REDAKTION:

Christiane Hölz (DSW e. V.)
 Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen.

WERBUNG:

DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Thomas Hechtfisher, Marc Tüngler

ANSPRECHPARTNER:

Christiane Hölz, 0211-6697-15; christiane.hoelz@dsw-info.de
 Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880
 Steuer-Nr. 105/5809/0389; USt-ID-Nr. 119360964

TECHNISCHE UMSETZUNG:

Zellwerk GmbH & Co. KG

BILDNACHWEIS:

Seite 1 und 2: Matthias Sandmann; Seite 2: © Sashkin - Fotolia.com;
 Seite 4: © DSW, Andreas Hagedorn; Seite 6: © rasica - Fotolia.com;
 Seite 6: © tunedin - Fotolia.com; Seite 1-8 & 11: © H-J Paulsen - Fotolia.com;
 Seite 9 © EvrinKalinbacak - Fotolia.com; Seite 10: © Petrus Bodensstaff - Fotolia.com; Seite 11 © gena96 - Fotolia.com

1947 gegründet

1 Zentrale und 8 Landesverbände

Mehr als 25 000 Mitglieder

Dachverband der 7000 deutschen Investmentclubs

52-mal pro Jahr kostenlos das Wirtschaftsmagazin FOCUS-MONEY

Über 100 Seminare p. a. speziell für Anleger

Interessenvertretung auf über 650 Hauptversammlungen

Griechenland-Arbeitsgemeinschaft

Unabhängige und interessenfreie Informationen über Ihre Anlagen

Analyse und kritische Bewertung der Management-Aktivitäten

Kostenlose außergerichtliche Erstberatung der DSW-Mitglieder

Werden Sie Mitglied der DSW!



Nutzen Sie die Kompetenz von FOCUS-MONEY

Sie wollen detaillierte Hintergrundinformationen und seriöse Anlagetipps? DSW-Mitglieder erhalten FOCUS-MONEY, Deutschlands modernes Wirtschaftsmagazin, im kostenlosen Abonnement wöchentlich frei Haus.

DSW
Die Anlegerschützer

Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.

JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____ PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Den Jahresbeitrag in Höhe von €125,00 zahle ich per Rechnung bequem durch Bankeinzug

Bank _____

Kontonummer _____ BLZ _____

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.
Per Post senden an:

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.
Postfach 350163
40443 Düsseldorf
Telefon: 02 11/66 97 01 oder 02 11/66 97 22
Telefax: 02 11/66 97 60
Internet: www.dsw-info.de
E-Mail: dsw@dsw-info.de